

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/01/2013

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Finanzausschusses am 26. Februar 2013,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:40 Uhr

Anwesend

Vorsitzender

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Herr Hartmut Möller
Herr Michael Stukenberg

beratend

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt
Herr Werner Segelken-Voigt

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Horst Kienel
Frau Angelika Andres
Frau Angela Haase

Bürgermeister
Berichterstatter
FBL IV
Protokollführerin

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2012 vom 17.12.2012
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Antrag der FDP-Fraktion für den Finanzausschuss **AN/008/2013**
 - Gestaltung und Ausschreibung des 2. Fluchtweges am Rathaus
7. Antrag der Fraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN **AN/009/2013**
 - Sitzungszeitpunkt des Finanzausschusses
8. Grundstücksangelegenheit **2013/032**
 - Nichtöffentliche städtische Zuwegung am Ahrensburger Redder
 - Erteilung von Nutzungsrechten
 - Kenntnisnahme
9. Verschiedenes
- 9.1. Nachfrage zur Entwicklung Verkauf der Erbbaurechtsgrundstücke
- 9.2. Grundsteuerbescheid 2013
- 9.3. Umbau der "Remise"/ Kulturzentrum Marstall
- 9.4. Kosten der Kita Erlenhof
- 9.5. Finanzierung Kindertagesstätten/ "Kita-Fonds"
- 9.6. Anfrage des Herrn Egan zur Entwicklung des Haushaltsjahres 2012
- 9.7. Anfrage zu defekten Parkscheinautomaten

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2012 vom 17.12.2012

Der Berichterstatter verliest ein Schreiben Herrn Egans, der als Bürgerliches Mitglied in der Sitzung am 17.12.2012 teilnahm, zu TOP 2 „Einwohnerfragestunde“.

Dieser hat einen Änderungsvorschlag zu TOP 2/ Absätze 2 und 3. Der Änderungsvorschlag lautet wie folgt:

„Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass dieses Projekt wohl wünschenswert sei, aber mit dem Land und dem Bund erarbeitet und finanziert werden müsse und von daher kurzfristig nicht zu realisieren sei. Andere Ausschussmitglieder schlossen sich dieser Einschätzung an und ergänzten, dass die Südumgehung von überörtlicher Bedeutung sei und nicht nur der Verkehrsberuhigung am Hagen diene.“

Die Ausschussmitglieder stimmen inhaltlich diesen Ausführungen zu, äußern aber auch die Auffassung, dass eine derart detaillierte Aussage im Finanzausschuss nicht gefallen sei. Der Vorsitzende entscheidet daher, die Protokollierung zu TOP 2 **nicht** zu verändern.

5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Herr Kienel trägt die voraussichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen zur Liquidität bis zur 13. KW (31.03.2013) vor. Der Finanzbericht Nr. 1/2013 ist als **Anlage 1** beigefügt.

Ferner wird berichtet, dass dem Haushaltssoll 2013 bei der Gewerbesteuer in Höhe von 21,0 Mio. € derzeit ein Anordnungssoll von 24,4 Mio. € gegenüber steht. Darin enthalten ist die Nachzahlung eines Gewerbebetriebes für 2005 in Höhe von 1,8 Mio. € und weitere Nachzahlungen für Vorjahre bis 2011 in Höhe von rd. 0,9 Mio. €. Dem Anordnungssoll steht ein IST in Höhe von rd. 6,6 Mio. € inkl. dieser Nachzahlungen gegenüber.

**6. Antrag der FDP-Fraktion für den Finanzausschuss
- Gestaltung und Ausschreibung des 2. Fluchtweges am Rathaus**

Frau Andres verteilt Fotos als Beispiele für außenliegende Treppenhäuser/ Fluchtwegen von Ahrensburger Schulen und Gebäuden in anderen Städten.

Der Bürgermeister führt aus, dass die Verwaltung noch am Anfang ihrer Überlegungen zur Ausführung eines zweiten Fluchtweges stehe und diese Überlegungen in Abstimmung mit diversen Behörden zu erfolgen haben. Neben den Anforderungen des Denkmalschutzes sind – so die ergänzenden Hinweise von Frau Andres – insbesondere Anforderungen des Brandschutzes und die Natur (Bäume) sowie die Kostenfrage zu berücksichtigen. Es handle sich beim Rathaus um die Gebäudeklasse 5, d. h. es werden hohe Anforderungen an den Brandschutz bzw. Fluchtweg gestellt. FB IV werde die möglichen Alternativen zu gegebener Zeit – siehe auch Verlauf der Beratung zur Vorlage Nr. 2012/122/1 – zunächst im Bau- und Planungsausschuss, dann im Finanzausschuss vorstellen.

Herr Stukenberg als Antragsteller sieht in diesem Vorgehen seine Überlegungen bestätigt. Eine Beschlussfassung des Finanzausschusses über seinen Antrag sei daher entbehrlich.

**7. Antrag der Fraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
- Sitzungszeitpunkt des Finanzausschusses**

Es wird vom Berichterstatter ausgeführt, dass ein Tausch der Termine des Finanzausschusses und der Stadtverordnetenversammlung entsprechend Variante 1 a nicht zu einer zufriedenstellenden Lösung führe, da innerhalb eines Tages die Beratung des Finanzausschusses nicht für die Stadtverordnetenversammlung – insbesondere unter Berücksichtigung der Ladungsfristen – aufbereitet und verteilt werden könne. Der Zeitdruck verringere sich auch nicht entscheidend bei der vorgestellten Variante 1 b. Favorisiert werde bisher durch die Verwaltung ein Termin des Finanzausschusses 14 Tage vor der Stadtverordnetenversammlung, sofern dies ein sitzungsfreier Montag sei.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, diese Überlegung weiter zu verfolgen und ergänzt, dass die Änderung der Termine nach seiner Auffassung erst ab der kommenden „Legislaturperiode“ gelten könne.

Herr Möller weist darauf hin, dass die Koordination der Termine eine Aufgabe der Stadtverordneten sei. Daher sei der Ältestenrat das zuständige Gremium. Der Bürgermeister ergänzt, dass der Ältestenrat am kommenden Montag, dem 04.03.2013, tage und er - sofern der Finanzausschuss damit einverstanden sei - die Überlegung der Verwaltung in dieser Sitzung vortragen könne.

8. Grundstücksangelegenheit
Nichtöffentliche städtische Zuwegung am Ahrensburger Redder
- Erteilung von Nutzungsrechten
- Kenntnisnahme

Anhand eines Luftbildes – über Beamer – stellt der Berichterstatter die Lage vor Ort dar. Der Bebauungsplan sieht vor, dass je zwei Hintergrundstücke über eine gemeinsame Zufahrt zwischen zwei Grundstücken vom Ahrensburger Redder statt über die städtische Wegeparzelle von hinten zu erschließen. Dennoch ist bislang zwei Eigentümern hinterer Grundstücksflächen ein Wegenutzungsrecht durch eine Vereinbarung eingeräumt worden.

Die Unterhaltungspflichten dieser Wegeparzelle inkl. Schneeräumpflicht und anderes liegen bei den Eigentümern dieser Grundstücke. Nunmehr ist eine weitere hintere Bebauung beabsichtigt, deren Erschließung ebenfalls über diesen Weg erfolgen soll. Im Gegenzug für die Einräumung des Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes soll eine einmalige Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 3.000 € erfolgen.

Der Finanzausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis. Einige Ausschussmitglieder äußern, dass diese Erschließung sicherer sei als eine Zufahrt von vorn zwischen je zwei Grundstücken. Nachgefragt wird Folgendes:

1. Warum erwägt die Verwaltung keine Veräußerung der städtischen Fläche?
 2. Auf welcher Grundlage wird die Entschädigung festgesetzt und warum wird zur Höhe der Entschädigung kein Beschluss des Finanzausschusses eingeholt?
- Zu 1. Eine Veräußerung wäre grundsätzlich möglich. Allerdings sind nunmehr insgesamt vier Parteien betroffen. Davon haben zwei Eigentümer seit vielen Jahren bereits ein erschließungsähnliches Nutzungsrecht und dafür eine Zahlung geleistet sowie andererseits auch Verpflichtungen übernommen. Das Interesse an einem Erwerb dürfte hier eher gering sein. Ein Verkauf sollte nur an alle Parteien gleichermaßen erfolgen, ansonsten verkompliziert sich die Situation.
- Zu 2. Die Verwaltung hat die Vorlage nur im Hinblick auf TOP 12/ Vorlage Nr. 2013/030 zur Information vorgelegt. Die Entschädigung erfolgt nicht auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Die Höhe wurde angemessen in Bezug auf die an die Eigentümer übergehenden Pflichten festgesetzt und ist bei derartigen Beträgen ein Geschäft der laufenden Verwaltung (siehe Anmerkung der Verwaltung). Daher erfolgt nur eine Kenntnisnahme.

Herr Langbehn stellt den Antrag, die Entschädigung auf 4.000 € zu erhöhen. Dieser Antrag wird im Hinblick auf die Aufgaben im Rahmen der laufenden Verwaltung nicht zugelassen/ weiterverfolgt. Anderenfalls werde die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Finanzausschuss gestört.

Auf Nachfrage führt Herr Sarach im Übrigen aus, dass derartige Sachverhalte selten sind – für ihn das erste Mal in seiner Amtszeit.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach § 9 Abs. 2 Buchstabe f der Hauptsatzung sind die entgeltliche Veräußerung, der Tausch und die Belastung von Stadtvermögen bis zu einem Wert von 50.000 € Aufgaben des Bürgermeisters.

9. Verschiedenes

9.1 Nachfrage zur Entwicklung Verkauf der Erbbaurechtsgrundstücke

Es wird nachgefragt, ob eine Veräußerung der Erbbaurechtsgrundstücke, über die in 2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, erfolgt ist. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass bisher keine Kaufverträge abgeschlossen wurden und in einem Fall der Kaufinteressent abgelehnt habe. Es wird eine Klärung im Protokoll zugesagt.

Anmerkung der Verwaltung:

Kaufverträge konnten bislang nicht abgeschlossen werden.

9.2 Grundsteuerbescheid 2013

Herr Langbehn erkundigt sich, warum die Verwaltung einen Grundsteuerbescheid versendet habe, obwohl es sich seit zwei Jahren um einen Dauerbescheid handle und die Höhe der Grundsteuern sich nicht verändert habe. Es wird ergänzt, dass auch die Hundesteuerbescheide 2013 neu versendet wurden.

Der Berichterstatter teilt mit, dass sich innerhalb des Jahres 2012 die Bankverbindungen der Stadt reduziert haben. Auf diesem Hintergrund sei es erforderlich gewesen, die Bescheide neu zu versenden, um auf diese Weise auf die nun nur noch bestehenden Bankverbindungen hinzuweisen.

9.3 Umbau der "Remise"/ Kulturzentrum Marstall

9.4 Kosten der Kita Erlenhof

Der Vorsitzende berichtet, dass seines Erachtens die Kosten für den Neubau der Kita Erlenhof bei rd. 3.500 €/m² liegen. Im privaten Bereich seien Kosten von rd. 1.500 €/m², im Bürobereich bei 2.000 €/m² gegeben. Daher sei zu hinterfragen, ob die städtische Kindertagesstätte nicht deutlich günstiger gebaut werden könnte. Darüber hinaus habe er den Vorlagen entnommen, dass die Kosten für den Bau der Kita von 3,2 Mio. € auf 3,6 Mio. € steigen sollen.

Frau Andres berichtet, dass die städtischen Gremien sich dafür ausgesprochen haben, einen Kostenrahmen von 3,2 Mio. € nicht zu überschreiten. Ihres Erachtens lägen die Kosten pro m² nicht bei 3.500 €/m², sondern bei 2.300 €/m².

Herr Levenhagen führt ergänzend aus, dass der Kostenansatz von 3,6 Mio. € auf den Vorschlag der Planer zurückzuführen sei, der Sozialausschuss sich demgegenüber für 3,2 Mio. € ausgesprochen habe. Der Bürgermeister ergänzt, dass es für den Bau einer Kindertagesstätte besondere Nutzungen und Anforderungen gebe, die sich von Privatbauten bzw. Bürobauten unterscheiden. Im Rahmen des Antragsverfahrens auf Zuwendungen sei es gelungen, einen Kostenrahmen von 3,6 Mio. € als Kostengrundlage anerkannt zu erhalten. Gleichwohl sei es Ziel der Verwaltung, einen Kostenrahmen von 3,2 Mio. € nicht zu überschreiten.

9.5 Finanzierung Kindertagesstätten/ "Kita-Fonds"

Der Vorsitzende erinnert an seine Bitte um Prüfung - siehe Protokoll des Finanzausschusses vom 27.11.2012/TOP 14.4 -, ob neu zu errichtende Kindertagesstätten (Adolfstraße/ Erlenhof) in das Investmentprofil der Investmentfirma AviaRent passen und hierüber finanziert werden könnten. Dadurch könne der städtische Haushalt evtl. entlastet werden.

Der Berichterstatter antwortet, dass er hierüber heute ohnehin berichtet hätte. Er habe zwischenzeitlich per E-Mail mit AviaRent, Luxemburg, Kontakt aufgenommen; Mitte Februar sei ein Telefonat erfolgt. Die Fonds-Gesellschaft AviaRent finanziere unter anderem mit einer Ausschüttung von 7 % beim ersten – mittlerweile geschlossenen Fonds – KinderWelten I – den Bau von Kindertagesstätten. Der Telefonvermerk vom 13.02.2013 liegt als **Anlage 2** dem Protokoll bei und wird vom Berichterstatter dem Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben.

Die Investmentfirma erwerbe im Wesentlichen das Baugrundstück - ggf. auch im Erbbaurecht - und lasse die Kindertagesstätte errichten. Diese werde anschließend an die Kommune oder den Träger der Kindertagesstätte langfristig vermietet. Im Ergebnis rät der Berichterstatter von der Weiterverfolgung des Modells zwar ab, fragt aber dennoch nach, ob eine Einladung in den Finanzausschuss erfolgen sollte.

Herr Stukenberg weist bezogen auf den Bau der Kindertagesstätte Erlenhof darauf hin, dass nach den derzeitigen Planungen die Stadt die Kindertagesstätte selbst betreiben werde; grundsätzlich werden Bauvorhaben je nach dem Anforderungsprofil eines externen Trägers errichtet.

Herr Möller gibt zu bedenken, dass sich das Finanzierungsmodell vergleichbar dem ppp-Modell anhöre. Für die Stadt entscheidend sei die Höhe der Miete für die Kita, da sie diese entweder direkt oder über einen Zuschuss an den Träger aus ihrem Haushalt zu finanzieren habe.

Herr Langbehn weist darauf hin, dass derzeit die Zinsen niedrig seien, sodass die Stadt über einen Kredit wohl geringere Belastungen habe als durch das vorgestellte Finanzierungsmodell (Miethöhe). Letztlich wollte AviaRent - wie jeder Fonds - sein Produkt verkaufen.

Herr Brandt wünscht einen Prospekt zum Fonds sowie einen Prüfbericht dessen, bevor er eine Stellungnahme abgibt.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, einen Vertreter der Unternehmer in den Finanzausschuss einzuladen. Die Stadt sollte - auch im Hinblick auf ihre erheblichen Unterhaltungskosten - alternative Finanzierungsmöglichkeiten prüfen. Bezogen auf die Aussage Herr Langbehns weist er ferner darauf hin, dass die Investmentfirma nichtöffentlich an die Stadt herangetreten sei. Er selbst habe Herrn Kienel um nähere Informationen gebeten.

Dem Protokoll sind zwei Berichte der AviaRent beigelegt (**vgl. Anlage 3/4**)

9.6 Anfrage des Herrn Egan zur Entwicklung des Haushaltsjahres 2012

Der Berichterstatter teilt mit, dass Herr Egan für die heutige Sitzung um Auskunft über das effektive Ergebnis zum Haushaltsjahr 2012 (ggf. auch bereits mit Soll/ Ist-Abweichung) und ggf. um eine Analyse gebeten habe.

Gegenwärtig kann die Verwaltung diese Auskünfte noch nicht erteilen. Es werde noch das Haushaltsjahr 2012 mit nachfolgenden Rechnungen gebucht; eine Analyse sei verfrüht. Darüber hinaus sind Ermächtigungen zum Haushaltsjahr 2012 auf diesem Hintergrund noch nicht ermittelt.

9.7 Anfrage zu defekten Parkscheinautomaten

Herr Brandt teilt mit, dass seiner Beobachtung nach Parkscheinautomaten oft außer Betrieb seien. Frau Andres fragt nach, auf welche Automaten dies zutreffen. Hierzu wird berichtet, dass dies besonders häufig bei den Parkscheinautomaten am Rathausplatz bzw. Stormarnplatz beobachtet worden sei.

gez. Christian Conring
Vorsitzender

Angela Haase
Protokollführerin